

FACHDIENST

Fachdienst Soziales

MITTEILUNGSVORLAGE

Geschäftszeichen
1-502/Wi

Datum
04.09.2019

MV/2019/090

Gremium	Beratungs-folge	Termin	Beschluss	TOP
Ausschuss für Jugend und Soziales	1	22.10.2019		

Anfrage der SPD-Fraktion;
hier: Frauen/Gleichstellung

öffentlich nichtöffentlich

Begründung für die Nichtöffentlichkeit:

nicht beiratsrelevant relevant für folgenden Beirat:

Fachdienstleiterin
Martina Reimer
Tel.: 707- 260

Leiter/in mitwirkender
Fachbereiche
Tel.: 707

Fachbereichsleiter
Ralf Waßmann
Tel.: 707-202

Bürgermeister
Niels Schmidt
Tel. 707-200

MV/2019/090

Fortsetzung der Mitteilungsvorlage Nr.

Inhalt der Mitteilung:

Antrag der SPD Fraktion im JS am 13.8.2019 Frauen/Gleichstellung

Die SPD beantragt, dass ein Fragebogen entworfen wird, um strukturelle Hindernisse für die Teilhabe von Frauen in der Wedeler Kommunalpolitik zu identifizieren.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es existieren bereits umfangreiche Studien darüber, die sich mit den Hindernissen und Fördermöglichkeiten für Frauen in der Politik auseinandersetzen.

Eine davon ist die Studie des Europäischen Instituts für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF). Über 1.000 Stadt- und Gemeinderätinnen aus mehr als 500 repräsentativ ausgewählten Städten und Gemeinden wurden befragt. Die Kurzfassung kann [hier](#) aufgerufen werden.

Im Mittelpunkt der Studie stehen Erfolgsfaktoren für den Einstieg und Aufstieg von Frauen in kommunalpolitischen Ämtern. Die zentralen Erkenntnisse dazu finden sich auf den Seiten 8-11.

Hindernisse finden sich in der Parteikultur, in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und in den kommunalpolitischen Strukturen. Um mehr Frauen für die Politik zu gewinnen, bedarf es eines übergreifenden Ansatzes.

Die zentralen Handlungsempfehlungen der Studie zur Gewinnung von Frauen für die Kommunalpolitik sind:

1. eine Stärkung der Frauen- und Nachwuchsförderung in Parteien
2. mehr Empowerment und die Vernetzung von Kommunalpolitikerinnen
3. die Modernisierung von Kommunalpolitik und die Schaffung von Rahmenbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Kommunalpolitik mit der Familie und dem Beruf. Ein schonender Umgang mit der knappen Ressource Zeit würde in jedem Fall dazu beitragen, die Beteiligungsmöglichkeiten der zeitlich besonders belasteten Frauen zu verbessern. Das gilt aber nicht nur für die Frauen: die jüngere Generation der männlichen Kommunalpolitiker in Deutschland ist ebenfalls daran interessiert, den hohen Zeitbedarf einzuschränken.

Aus Sicht der Verwaltung sind folgende Maßnahmen zum Abbau struktureller Hindernisse in Wedel von der Politik in Betracht zu ziehen:

- I. Zusammenschluss aller Parteien um auszuloten, wo Verbesserungen in Wedel erzielt werden könnten (zeitlicher Rahmen von Sitzungen, verbindliches Sitzungsende, Redezeiten, Sitzungsgestaltung)

Eine Möglichkeit wäre, einen parteiübergreifenden Workshop dazu zu organisieren. Sollte dies von der Politikerinnen und Politikern gewünscht sein, wäre die Gleichstellungsbeauftragte bereit, bei der Organisation und der Suche einer geeigneten Moderatorin zu unterstützen.

Fortsetzung der Mitteilungsvorlage Nr. **MV/2019/090**

- II. In der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Politik haben Bundestagsabgeordnete verschiedener Parteien eine Selbstverpflichtung erarbeitet, fünf konkrete Verhaltensregeln einzuhalten und damit zur Vereinbarkeit von Politik und Familie beizutragen. Diese Selbstverpflichtung wurde bereits von verschiedenen Politiker*innen unterzeichnet. Aus dem Kreis Pinneberg gibt es bisher einen Unterzeichner. Weitere Informationen gibt es auf der [Homepage der Initiative](#).

- III. Die Kosten für die Kinderbetreuung, die während der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit in der Politik entstehen, werden auf Antrag erstattet.

Diese Regelung ist vielen nicht bekannt, eine stärkere Bekanntmachung vonseiten der Parteien könnte helfen, um Frauen mit minderjährigen Kindern anzusprechen.